

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
176 · Ausgabe SO · Juni 2018

SP



ABSTIMMUNG VOM 10. JUNI ÜBER DIE TEILREVISION DES KANTONALEN ENERGIEGESETZES

Ein kleiner Schritt mit grosser Wirkung vorerst abgelehnt

MIT DER ENERGIESTRATEGIE 2050 SIND NATIONAL DIE WEICHEN GESTELLT. DER KANTON SOLOTHURN HATTE AM 10. JUNI AN DER URNE DIE GELEGENHEIT, SEIN ENERGIEGESETZ ENTSPRECHEND ANZUPASSEN. DIE REGIERUNG UND EINE KLAARE MEHRHEIT VON SP, GRÜNE, CVP, BDP, GLP UND EVP UNTERSTÜTZTEN DIE REVISION, GEKÄMPFT WURDE BEIDERSEITS MIT HARTEN BANDAGEN. AUSSCHLAGGEBEND FÜR DAS WUCHTIGE NEIN DÜRFTE DIE FINANZKRÄFTIGE ANGSTKAMPAGNE GEWESEN SEIN, WELCHE DIESEN KLEINEN SCHRITT FÜR MEHR KLIMASCHUTZ UND WENIGER GAS UND ÖL AUS DEM AUSLAND LETZTENDLICH VERHINDERT HAT.

Niklaus Wepfer,
Parteisekretär
niklaus.wepfer@sp-so.ch



Die SP bedauert die mit 70 Prozent Nein-Stimmen sehr deutliche Ablehnung des moderat angepassten kantonalen Energiegesetzes. Einer der vielen Gründe, die zu diesem Ergebnis geführt haben, stand schon vor dem 10. Juni fest. Die verfügbaren finanziellen Mittel hätten unterschiedlicher nicht sein können. Die Nein-Koalition von FDP, SVP, Wirtschaftsverbänden, Stadtpräsidenten, städtischen Werken und Einwohnergemeindeverband hatte die finanziellen Möglichkeiten, die Haushaltungen mit Werbematerial regelrecht zu fluten. Inhaltlich führten diese bedauerlicherweise eine Angstkampagne, welche insbesondere bei vielen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Zur Finanzierung dieser Angstkampagne

meint Parteipräsidentin Franziska Roth, es brauche «endlich mehr Transparenz in der Politikfinanzierung. Wenn VSEG, Stadtpräsidenten, rechte Parteien usw. derartige Summen für eine Angstkampagne aufwenden können, müssen die Alarmglocken läuten».

JA-Kampagne war ehrlich

Im Rahmen der JA-Kampagne hat sich die SP stark engagiert. Grundsätzlich ist es immer eine grosse Herausforderung, finanzstarken

Angstkampagnen erfolgreich entgegenzuwirken. Philipp Hadorn, Co-Präsident der breiten JA-Allianz, meint dazu: «Wir haben eine ehrliche Kampagne geführt und den Menschen aufzeigen wollen, dass es für den unbestrittenen Klimaschutz Spielregeln braucht. Dies ist uns ohne Wenn und Aber nicht gelungen.»

Allianz für «echten Klimaschutz» ist in der Pflicht

Die SP wird die selbsternannte Allianz «für echten Klimaschutz» (u. a. mit FDP und SVP) bei einer Neuauflage des Energiegesetzes in die Pflicht nehmen. Klar ist auch, dass die Ausgestaltung breiter abgestützt, die Verordnung im Vorfeld bekannt sein muss und dass insbesondere seitens der Regierung rechtzeitig und klar kommuniziert wird. Es darf nicht mehr passieren, dass zahlreiche Eigenheimbesitzer aufgrund einer Angstkampagne befürchten, ihr Haus verlassen zu müssen. Offenbar war auch der kleine Schritt in Richtung mehr Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland doch etwas zu gross.

Es darf nicht mehr passieren, dass zahlreiche Eigenheimbesitzer aufgrund einer Angstkampagne befürchten, ihr Haus verlassen zu müssen.

FRAKTIONS AUSFLUG 2018

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besuchten die Region Gäu

Im Rahmen des Fraktionsausfluges der SP-Kantonsratsfraktion durfte die casa fidelio, die mÄnnerspezifische Suchtinstitution in Niederbuchsiten, hohen Besuch empfangen. Neben der RegierungsrÄtin Susanne Schaffner und dem FraktionsprÄsidenten Markus Ammann besuchten viele SP-Kantonsratsmitglieder sowie Mitglieder der kantonalen Verwaltung die casa fidelio, um sich ein Bild von deren TÄtigkeiten zu machen.

PÄunklich zum Mittagessen traf die Reischar in Niederbuchsiten ein. Die Bewohner der casa fidelio hatten eine grosse Menge Pasta mit verschiedenen Saucen vorbereitet, so dass alle ihren Hunger stillen konnten.

Organisiert wurde die Reise von SP-Kantonsrat und casa fidelio-GeschÄftsfÄhrer

Fabian MÜller. Gemeinsam mit den Bereichsleitern Peter Forster (Therapie) und Daniel Steinhauer (Arbeitsagogik) fÄhrte er die interessierten PolitikerInnen durch die Institution und informierte dabei über die Erfolgsgeschichte der casa fidelio in den letzten 25 Jahren. Im Zentrum der TÄtigkeiten der casa fidelio steht die Wiedereingliederung sÄchtiger erwachsener MÄnner (Drogen-, Alkohol-, Medikamenten- und Spielsucht). Die Bewohner sollen sich in der casa fidelio die FÄhigkeit erwerben, ihr Leben suchtmittelfrei zu gestalten. Die Therapie inklusive Arbeiten, Hauswirtschaft und beruflicher Integration dauert in der Regel 12 Monate.

Anschliessend an die FÄhrung durch die

Institution konnten die GÄste den Bewohnern in drei Gruppen Fragen stellen. Diese Diskussionsrunde war fÄr alle Teilnehmenden das Highlight des Ausflugs. Die Bewohner der casa fidelio gaben bereitwillig Auskunft über ihre Suchtvergangenheit, über ihre kriminellen TÄtigkeiten und darÄber, wie ihnen die Therapie hilft, wieder den Weg zurÄck in die Gesellschaft zu finden. Als Abschluss des Besuchs in der casa fidelio gab es fÄr die Fraktion noch Kaffee und Kuchen, bevor die PolitikerInnen ihre Reise in Richtung Kompost Oensingen und JURAworld of coffee fortsetzten.

fabian.mueller@ggs.ch



Fortsetzung von Seite 9

Wie weiter?

Die zustÄndige grüne RegierungsrÄtin Brigit Wyss hat das Gesetz von ihrer freisinnigen VorgÄngerin geerbt und jetzt angekündigt, so rasch wie mÄglich einen runden Tisch mit allen Beteiligten einzuberufen. Es sei wichtig, eine breiter abgestützte Vorlage

auszuarbeiten, so die Energiedirektorin. Der Kanton Luzern hat es vorgemacht, dort haben die StimmbÄrgerinnen und StimmbÄrger ein fast identisch lautendes Gesetz mit 58 Prozent gutgeheissen. Was ist da passiert? Die FDP hat im Gegensatz zu Solothurn das Gesetz innerhalb einer breiten JA-Allianz

unterstÄtzt. Ein Schelm ist, der jetzt BÄses denkt und glaubt, der einst stolze Solothurner Freisinn sei noch immer nicht über den Verlust des zweiten Regierungssitzes an die GrÄnen hinweggekommen...

KANTONS RAT

Sessionsbericht Mai 2018

Fraktion SP/Junge SP

IM KANTONS RAT WERDEN UNTERSCHIEDLICHE ARTEN VON GESCHÄFTEN BEHANDELT. IN DER MAISESSION WAREN DIES ZWEI RECHTSETZUNGSGESCHÄFTE (RG), DREI VOLKSAUFTRÄGE (VA), ZWEI SACHGESCHÄFTE (SBG), FÜNF INTERPELLATIONEN (I) SOWIE ACHT AUFTRÄGE (A). NACHFOLGEND EIN RÜCKBLICK IN GERAFFTER FORM.

RG: Änderung des Sozialgesetzes; Restkostenfinanzierung bei ambulanter Pflege

Eigentlich sollten die Beiträge der obligatorischen Krankenversicherung sowie diejenigen der Patientenbeteiligung die Kosten der Spitexdiensten erbrachten Pflegeleistungen abdecken. Das tun sie jedoch nicht. Die sogenannten Restkosten müssen von der öffentlichen Hand übernommen werden. Mittels einer Muster-Leistungsvereinbarung wird nun ein Grundleistungsangebot definiert, welches mit einer leistungsbezogenen Abgeltung finanziert wird, der sogenannten Subjektfinanzierung. Davon sollen nicht nur grundversorgende Spitexinstitutionen profitieren, sondern auch (private) Organisationen ohne Leistungsauftrag sowie freiberuflich tätige Pflegefachleute. Letztere allerdings mit um 40 Prozent weniger hohen Subventionen. Die SP-Fraktion erachtet die einstimmig beschlossene Vorlage grundsätzlich als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings monierte Hardy Jäggi, SP-KR aus Rechterswil, die anfallenden Wegkosten, welche Patienten anteilmässig zu tragen haben, als ungerecht und wollte sie der Restkostenfinanzierung einverleiben, was jedoch im Rat leider keine Mehrheit fand. Trotzdem: Mit dem vorliegenden Beschluss wird es möglich sein, dank des Systemwechsels mehr Transparenz auch in die Finanzierung der wichtigen – weil günstigeren – ambulanten Pflege zu bringen.

RG: Änderung der kantonalen Bauverordnung (KBV)

Aufgrund zweier früher eingereichter Aufträge wurde eine Teilrevision der KBV notwendig. Zwei Änderungen stechen hervor: Zum einen sollen Aufhumusierungen bis zu einer



Stefan Hug,
Kantonsrat, Zuchwil
stefan.hug@zuchwil.ch

Höhe von 25 cm bewilligungsfrei möglich sein. Zwar wird nun die Höhe bestimmt, nicht jedoch die Fläche oder das Volumen, auch zeitliche Vorgaben fehlen eigentlich. Fraktionschef Markus Ammann, SP-KR Olten, versuchte mit Hilfe der Fraktion eine Beschränkung auf 200 m³ in der Verordnung zu verankern. Immerhindürftendank seiner Intervention keine Verfrachtungen in Naturschutzobjekte und Gewässerschutzzonen erfolgen. Eine weitere Bestimmung erwirkt, dass unbeheizte Balkonverglasungen auch im Erdgeschoss nicht zur Ausnützungsziffer gerechnet werden.

VA: «Bevölkerung fordert bessere ÖV-Verbindungen im Wasseramt»

Dieser Volksauftrag erfolgte namens der SP Wasseramt unter Federführung von Hardy Jäggi. Er will die Verbesserung des Busangebots auf verschiedenen Linien im Bezirk. Konkret geht es um den Ausbau der Linien Solothurn – Herzogenbuchsee sowie Subingen – Steinhof, um die Verlängerung der Linie 2 bis Drei Höfe, um die Optimierung der Umsteigezeiten in Kriegstetten zwischen den Linien 1, 2 und 16. Wichtiger Bestandteil des Volksauftrages ist die Anbindung der Linie 2 an den Bahnhof Gerlafingen. Während unsere Fraktion SP/Junge SP die sofortige Überprüfung verlangte, stimmte der Kantonsrat dem regierungsrätlichen Antrag zu, wonach das ÖV-Angebot anlässlich der Gesamtoptimierung des Busnetzes in der Region Solothurn erwogen wird, also frühestens im Jahr 2020.

Bagatellzuschlag, stille Wahlen, Vereinsbeizli und Standortförderung

Aufgrund des Schwindens von hausärztlichen Praxen werden die Notaufnahmen der Spitäler vermehrt

wegen Bagatellfällen aufgesucht. Eine entsprechende Interpellation erwägt die Erhebung eines Bagatellzuschlages, der allerdings von der Fraktion SP/Junge SP klar abgelehnt würde. Ein solcher könnte einen Patienten von einem ärztlichen Besuch abhalten. Im schlimmeren Fall könnten sich dadurch weit grössere Kosten ergeben.

Gleich drei Aufträge gingen aufgrund der letztjährigen Gemeindevahlen ein: 1. Auftrag: GemeindepräsidentIn und Vize müssen sich einer Wahl stellen. 2. Auftrag von Hardy Jäggi: Beim 2. Wahlgang werden neue Kandidierende zugelassen. 3. Auftrag: Stille Wahl einer/eines Gemeindepräsidentin/-en nur dann, wenn er oder sie zuvor an der Urne in den Gemeinderat gewählt worden ist. Der Kantonsrat will an der Gemeindeautonomie festhalten, jedoch sollen künftig bei kommunalen Majorzwahlen für einen zweiten Wahlgang neue Kandidaturen zugelassen werden.

In einer Verordnung soll geregelt werden, dass das Führen sogenannter Vereinsbeizli ohne erhöhte Voraussetzungen möglich sein wird. Grundlegend sei dabei, dass es sich um eine nebenamtliche Tätigkeit zur Unterstützung des Vereinszweckes handelt.

Das Weiteren will der Kantonsrat eine wirkungsvolle Standortförderung, welche sich nicht nur auf die Ansiedlung neuer Firmen beschränkt.

SP AN HESO UND MIO

Vom 21. bis 30. September 2018 findet die Herbstmesse «HESO» in Solothurn und vom 28. September bis 1. Oktober die Messe in Olten «MIO» statt. Nach erfolgreichen Teilnahmen 2016 und 2017 ist die SP zum dritten Mal mit einem Stand an der HESO dabei.

Und in Olten hat die Teilnahme der SP an der MIO grosse Tradition. Die Vorbereitungen dazu laufen und wir sind bestrebt, die SP den Besucherinnen und Besuchern so zu präsentieren, wie sie ist: solidarisch, gerecht und frei! Damit sich unsere Partei während allen Messetagen kompetent präsentieren kann, brauchen wir dich. Solltest du bereit sein, deine Partei an der HESO und/oder an der MIO zu unterstützen, interessierten Menschen Red' und Antwort zu stehen, Unterschriften zu sammeln, neue Mitglieder zu werben – einfach einige Stunden mit weiteren Personen unseren und deinen Stand betreuen wollen, dann melde dich bitte per Mail, Post (Talon) oder Telefon. Vielen Dank!

Ich bin bereit am SP-Stand an der HESO und/oder MIO mitzuhelfen.
Datum und Zeit (es dürfen auch mehrere Tage angegeben werden)

Name

Vorname

Ort

Telefon

E-Mail

So rasch wie möglich einsenden an: SP Kanton Solothurn, Postfach 835, 4502 Solothurn, 032 622 07 77, niklaus.wepfer@sp-so.ch
Vielen Dank. Sobald genügend Personen für die Mithilfe zur Verfügung stehen, werden die Einsatzpläne erstellt.

Impressionen von der Jubiläumsfeier «1050 Jahre Gemeinde Oensingen»

HERZLICHEN DANK AN DIE SP-SEKTION OENSINGEN FÜR IHREN GROSSEN EINSATZ BEI DER ORGANISATION UND HINTER DEM BUFFET



Nieder mit den Superreichen!

Familien in der Schweiz müssen sich jedes Jahr von Neuem überlegen, wie sie die gestiegenen Krankenkassenprämien bezahlen sollen, Schulkinder müssen auf Musik- oder Hauswirtschaftsunterricht verzichten, Wenigverdienende suchen verzweifelt bezahlbaren Wohnraum, es ist ungewiss, wie die AHV finanziert werden soll – es scheint dem Staat an Geld für die Wohlfahrt der Lohnabhängigen zu fehlen. Gleichzeitig wird den Superreichen geholfen, noch mehr auf Kosten der restlichen 99 Prozent zu profitieren, indem beispielsweise Dividendeneinkommen nur zu 60 Prozent besteuert werden. Das reichste Prozent der Schweizer Bevölkerung wird privilegiert, während den Arbeitenden jegliche zusätzliche Unterstützung verweigert wird.

Dies dürfen wir nicht tolerieren. Um- und Rückverteilung sind gefragt, damit wir, die Arbeiterinnen, Studenten, Sozialhilfebedürftigen, AHV-Bezügerinnen, Menschen, genug Geld haben, zu leben. Ein Weg, dies zu erreichen, ist die progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen, in anderen Worten das, was die 99%-Initiative fordert. Die Idee der Initiative ist es, Kapitaleinkommen über 100 000 Franken zu 150 Prozent zu besteuern. Das Geld, das auf diese Weise zusätzlich verfügbar wäre, kommt der sozialen Wohlfahrt zugute. Somit würden die Löhne entlastet und die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr jenen gegenüber benachteiligt, die ihr Geld für sich arbeiten lassen und keinen Finger rühren müssen, um noch reicher zu werden.

MEIN STANDPUNKT

Lara Frey, Präsidentin der
JUSO Kanton Solothurn
lara.frey@bluewin.ch

Wir Arbeitenden machen 99 Prozent der Bevölkerung aus, so viele, wie wir sind, wäre es ein Leichtes, sich klar gegen die Superreichen zu stellen und nicht zu tolerieren, dass sie ihr überproportionales Vermögen nicht einmal anständig besteuern müssen. Die 99%-Initiative ist der erste Schritt zum Aufstand. Genossinnen und Genossen, unterschreibt die Initiative, um ein klares Zeichen gegen die Privilegierung der Bonzen zu setzen, ungerechtfertigte Profite rückzuverteilen und zu zeigen, dass wir Arbeiterinnen und Arbeiter uns nicht ausnutzen lassen!

